

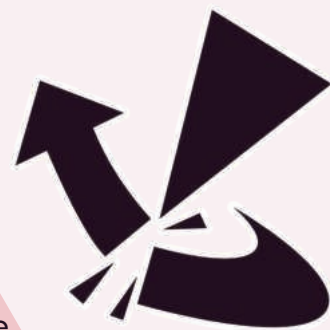
# Warum das wichtig ist

Die AfD versucht, sich als pragmatische Kommunalpartei darzustellen.

Doch ihr eigenes Programm zeigt:

- weniger Mitbestimmung
- weniger Vielfalt
- weniger Solidarität
- weniger Zukunftslösungen

Dafür mehr Ausgrenzung, mehr Ideologie und mehr gesellschaftliche Spaltung.



# Werde selbst aktiv gegen die AfD!



Ein Bekannter von dir will die AfD wählen? Jemand verbreitet rechte Propaganda? Misch dich ein und argumentiere dagegen!



Positioniere dich auch im Netz gegen rechte Hetze!



Die AfD wirbt für eine Veranstaltung in einem Gasthaus? Schreib eine Mail, ruf dort an und kläre sie über die AfD auf! Oft wird sie danach ausgeladen!



Beteilige dich an Demonstrationen und Aktionen gegen die AfD!



Verteile die Flyer und verbreite deren Inhalte weiter! Schreib uns gerne eine Mail, und wir können dir die Flyer zuschicken!



Die AfD hat einen Infostand in der Stadt? Nimm dir doch Materialien mit - und entsorge sie direkt in der nächsten Mülltonne. Fordere auch andere dazu auf, die Materialien fachgerecht zu entsorgen!

# KEIN KREUZ DER AfD

Was die AfD in Bayern wirklich vorhat – nachzulesen im eigenen Kommunalprogramm. Die AfD gibt sich gern als Stimme der „Bürgernähe“. Sie spricht von Transparenz, Freiheit und Ordnung. Doch ein Blick in ihr Kommunalprogramm Bayern 2026 zeigt etwas anderes: Kontrolle statt Beteiligung. Ausgrenzung statt Zusammenhalt. Stillstand statt Lösungen. Dieser Flyer fasst zusammen, was die AfD tatsächlich fordert. Nicht nach Gefühl, sondern Punkt für Punkt aus ihrem eigenen Programm.

# Unser Fazit

Demokratie lebt von Beteiligung, nicht von Kontrolle.

Zusammenhalt entsteht durch Solidarität – nicht durch Schuldzuweisungen.

Kommunalpolitik braucht Lösungen, keinen Stillstand.

Das „Bündnis gegen rechte Hetze“ hat sich zusammengefunden, um gemeinsam und gewaltfrei gegen Aktionen der Rosenheimer (extremen) Rechten, wie beispielsweise der AfD vorgehen zu können und über die Gefahr aufzuklären, die von diesen Gruppierungen ausgeht. Das Bündnis setzt sich aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Individuen zusammen, um Protest gegen Aktionen und Veranstaltungen (extrem) rechter Organisationen zu organisieren. Zusätzlich setzt das Bündnis sich auch inhaltlich z.B. in Form von Vorträgen und Diskussionsrunden mit der (extremen) Rechten auseinander.

> [gegenrechtehetze.rosenheim.social](https://gegenrechtehetze.rosenheim.social)  
> [facebook.com/noafdrosenheim](https://facebook.com/noafdrosenheim)  
> [instagram.com/noafd\\_rosenheim](https://instagram.com/noafd_rosenheim)  
> [gegenrechtehetze@riseup.net](mailto:gegenrechtehetze@riseup.net)



V.i.S.d.P.: B. Weißbach, c/o Inisch, 46a, 83022 Rosenheim



# WOFÜR DIE AfD WIRKLICH STEHT

## Demokratie: Transparenz nur, solange niemand mitredet

Die AfD fordert Offenheit in der Kommunalpolitik. Livestreams, Transparenzportale, öffentliche Sitzungen.

Das klingt gut – auf den ersten Blick. Gleichzeitig lehnt die AfD jedoch alle Formen der Bürgerbeteiligung ab, die nicht vollständig kontrollierbar sind.

Bürgerräte, ausgeloste Beteiligungsformate oder plural zusammengesetzte Gremien werden pauschal diffamiert und abgelehnt.

Die AfD bezeichnet sie als „Demokratiesimulation“ und behauptet, sie würden das Wahlrecht aushebeln.

Das Ergebnis: Beteiligung ja – aber nur von oben nach unten. Mitreden dürfen Bürgerinnen und Bürger nur dann, wenn sie das gewünschte Ergebnis nicht infrage stellen.

## Bildung und Kultur: Vielfalt gilt als Bedrohung

In Schulen, Kitas, Vereinen und kulturellen Einrichtungen will die AfD klare ideologische Leitplanken setzen. Gender-gerechte Sprache soll verboten werden. Vielfaltsarbeit wird als „Ideologie“ abgewertet.

Kulturelle Projekte, die gesellschaftlichen Wandel abbilden, gelten als überflüssig oder schädlich.

Selbst sichtbare Zeichen von Vielfalt – wie Regenbogen-fahnen an öffentlichen Gebäuden – werden explizit abgelehnt.

Das ist keine Neutralität. Das ist der Versuch, gesellschaftliche Realität zu normieren und alles auszublenden, was nicht ins eigene Weltbild passt.

## Soziales: Solidarität nur für die „Richtigen“

Die AfD spricht von sozialer Verantwortung.

Doch ihre Sozialpolitik folgt einem klaren Trennungsprinzip: Hier die „Leistenden“. Dort die angeblich „Belastenden“.

Soziale Probleme wie Wohnungsnot oder Spannungen werden im Programm direkt mit Migration verknüpft.

Geflüchtete werden nicht als Menschen in Not beschrieben, sondern als Ursache kommunaler Überforderung.

Asylbewerber sollen zu Pflichtarbeit verpflichtet werden.

Soziale Leistungen werden unter Finanzierungsvorbehalt gestellt.

Freiwillige kommunale Angebote gelten als verzichtbar.

So entsteht kein sozialer Zusammenhalt, sondern ein System aus Misstrauen, Druck und Ausgrenzung.

## Wohnen: Schuldzuweisung statt Lösungen

Steigende Mieten, fehlender Wohnraum, Verdrängung aus Städten – Probleme, die viele Menschen täglich spüren.

Die AfD präsentiert dafür eine einfache Erklärung: Geflüchtete seien das Hauptproblem.

Strukturelle Ursachen wie Bodenspekulation, fehlender sozialer Wohnungsbau oder steigende Baukosten werden kaum adressiert.

Stattdessen fordert die AfD „Einheimischenmodelle“, die klar zwischen „dazugehörig“ und „nicht zugehörig“ unterscheiden.

Instrumente wie Mietpreisregulierung, die in angespannten Wohnungsmärkten entlasten könnten, werden pauschal abgelehnt.

Das löst keine Wohnungsnot. Es verschärft sie – und spaltet zusätzlich. Stillstand als politisches Prinzip.

Lärm, Abgase, unsichere Straßen, Hitze in Städten – Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Die AfD reagiert darauf mit Blockade.

Tempo 30 auf Hauptstraßen wird abgelehnt. Verkehrsberuhigung gilt als Bevormundung.

Der Umweltverbund aus Bus, Bahn, Rad und Fußverkehr soll nicht bevorzugt werden.

Die sogenannte „Verkehrswende“ wird grundsätzlich infrage gestellt.

Das Ergebnis:

- Keine Entlastung für Anwohner.
- Keine Verbesserung der Sicherheit.
- Keine Anpassung an den Klimawandel.

## Migration: Abschreckung als kommunale Aufgabe

Im Zentrum des Programms steht ein klares Leitmotiv: „Deutschland und Bayern zuerst“.

Kommunen sollen Aufnahme stoppen dürfen, wenn sie sich „überfordert“ fühlen.

Abschiebungen werden als zentrale Aufgabe betont.

Statt Integration, Bildung und Teilhabe zu stärken, setzt die AfD auf Abschreckung und Ausgrenzung auch auf kommunaler Ebene. So werden Städte und Gemeinden zu Schauplätzen bundespolitischer Symbolpolitik.

## Und die CSU? Mitverantwortung durch Verschieben und Verschärfen

Die AfD steht nicht im luftleeren Raum. Sie kann dort wirken, wo Probleme ungelöst bleiben. Seit Jahren stellt die CSU in Bayern die Mehrheiten in Kommunen und im Land.

Die Lösung der Wohnungsnot wurde verschleppt. Die Behebung der Verkehrsprobleme wurde ausgesessen. Unsere soziale Infrastruktur wurde auf Kante genäht.

Gleichzeitig übernimmt die CSU zunehmend die Sprache und Deutungsmuster der AfD: Migration als Hauptproblem, Ordnung statt Integration und Symbolpolitik statt Lösungen.

Das verschärft die Lage – und stärkt am Ende nur die AfD. Wer rechte Politik wählt, bekommt sie entweder direkt oder in abgeschwächter Form.